

Chur soll weiter ein Kommando haben

Die Bündner Regierung und die Stadt Chur wollen dafür kämpfen, dass das Kommando der Mechanisierten Brigade 11 tatsächlich von Winterthur nach Chur verlegt wird.

Chur. – Eigentlich ist alles in Butter: Als Verteidigungsminister Ueli Maurer Ende November das Stationierungskonzept in die Vernehmlassung schickte, war Christian Rathgeb voll des Lobes. Graubünden komme sehr gut weg, wiederholte der Vorsteher des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit an einer Medienorientierung gestern in Chur. Nur einige nicht oder kaum mehr genutzte Schiessplätze und das Truppenlager in Breil/Brigels sollen aufgegeben werden. Die Waffenplätze in Chur, Luziensteig, Hinterrhein und S-chanf bleiben erhalten (Ausgabe vom 27. November).

«Alle Standortgemeinden tragen den Entscheid mit», betonte Rathgeb, und auch Brigels akzeptiere das Vorgehen. Er sicherte Brigels die Unterstützung bei der Suche nach einer Verwendung der Truppenunterkünfte zu. Im Vordergrund stehe eine touristische Nutzung und die Suche nach einem Investor.

«Direkter Draht zur Armee»

Chur verliert zwar das Kommando der Gebirgsinfanteriebrigade 12, weil die Formation aufgelöst wird. Doch soll stattdessen das Kommando der Mechanisierten Brigade 11, das heute in Winterthur arbeitet, nach Chur verlegt werden. Das ist laut Rathgeb nicht nur der Arbeitsplätze wegen wichtig. «Wir möchten auch Kaderleute hier», erklärte er, denn das sichere «einen direkten Draht zur Armee».

Stadtpräsident Urs Marti erklärte, die Armee sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, jeder Wehrpflichtige generiere 50 Franken Wertschöpfung pro Tag. Für den Erhalt des Militärareals sprächen auch die geplanten Investitionen in die bestehende Kaserne oder einen Neubau auf dem Rossboden.

Zudem sieht Marti die Armee als «Türöffner». Die jungen Leute, die Rekrutenschulen oder Wiederholungskurse absolvierten, kehrten gern zurück, manche sogar, um hier zu wohnen. Zudem leiste die Stadt als Armeestandort einen Beitrag zur Sicherheit des ganzen Landes. Probleme gebe es nicht: Wegen des Schiesslärms habe sich noch nie jemand bei ihm beschwert. Winterthur lobbyiert natürlich für den Verbleib des Kommandos der Brigade 11. «Dagegen werden wir uns vehement einsetzen», versprach Marti. Rathgeb unterstrich, wenigstens ein Kommando der Armee müsse in der Südostschweiz stationiert bleiben. (han)

INSERAT



Shorley – für natürlich frische Energie

Der erfrischende Durstlöcher aus 60 % Schweizer Apfelsaft und 40 % Passugger Mineralwasser.

Mosterei Möhl AG 9320 Arbon | Tel. 071 447 40 74 | www.moehl.ch

Die zweisprachige Schule bleibt in Chur gratis

Die zweisprachige Schule hat einen weiteren Angriff aus dem Churer Gemeinderat unbeschadet überstanden. Ein FDP-Auftrag, der die Einführung von Schulgeld für das mehrsprachige Schulangebot erheben wollte, wurde klar abgelehnt.

Von Stefan Bisculm

Chur. – Die FDP-Fraktion wollte den Churer Stadtrat damit beauftragen, für jedes Kind, das den zweisprachigen Unterricht in Chur besucht, ein Schulgeld zu erheben, das die vom zweisprachigen Unterricht verursachten Mehrkosten vollständig deckt. Nachdem der Churer Gemeinderat in der Spardebatte vom Oktober die Abschaffung des zweisprachigen Schulunterrichts bereits abgelehnt hatte, blieb auch die Einführung von Schulgeld für diese Klassen mit 16:5 Stimmen chancenlos.

Schulgeld – Futter für Juristen

Eine Überweisung des FDP-Auftrags hätte wohl ein juristisches Nachspiel gehabt. Über die Frage, ob die Einführung von Schulgeld für zweisprachige Schulen rechtlich überhaupt zulässig ist, gingen im Rat die Meinungen weit auseinander. Stadträtin Doris Caviezel Hidber vertrat die Meinung, dass dies nicht so sei. Der zweisprachige Schulunterricht sei gemäss kantonaler und städtischer Gesetzgebung fester Bestandteil des Schulangebots der

Stadtschule Chur. «Und dieses Angebot hat gemäss eidgenössischem und kantonalem Recht unentgeltlich zu sein. Wer das Gegenteil behauptet, liegt falsch», so Caviezel.

Die beiden Gemeinderäte und Rechtsanwälte Dominik Infanger (FDP) und Romano Cahannes (CVP) haben im Churer Rat die Rolle des juristischen Gewissens inne. Weil Infanger gestern erstmals auf dem Stuhl des Gemeinderatspräsidenten Platz nahm und deshalb an den Debatten nicht teilnehmen konnte, übernahm Cahannes die juristische Würdigung des FDP-Auftrags, und er kam zu einem anderen Schluss als der Stadtrat. «Es stellt sich die Frage, was zum unent-

geltlichen Schulunterricht gehört. Ich komme zum Schluss, dass der zweisprachige Schulunterricht nicht dazu gehört, weil es sich dabei um ein Zusatzangebot handelt.» Eine Erhebung von Schulgeld sei deshalb rechtens.

Abschaffung auf Raten

Die Gemeinderäte, die gestern die Einführung von Schulgeld für die zweisprachigen Schulen forderten, waren mehrheitlich die gleichen, die in der Spardebatte vom letzten Oktober die Streichung des mehrsprachigen Schulangebots verlangt hatten. Deshalb wurde ihnen unter anderem von Giancarlo Sala (CVP) vorgeworfen, dass sie nun mit der Erhebung

von Schulgeld und dem damit einhergehenden Rückgang der Schülerzahlen auf Umwegen das Ende der zweisprachigen Schule erzwingen wollten. FDP-Fraktionspräsident Hans Martin Meuli widersprach ihm in diesem Punkt entschieden: «Wir sind überzeugt, es handelt sich um ein gutes Angebot, für welches die betroffenen Eltern bereit wären, etwas mehr zu bezahlen.»

Der Gemeinderat folgte gestern bei allen sieben Vorstössen, die behandelt wurden, den Anträgen des Stadtrates. Erstmals im Rat sass gestern Jean-Pierre Menge (SP), der für den zurückgetretenen Thomas Hensel nachgerückt war.



Neue Rolle: Dominik Infanger führt als Gemeinderatspräsident seine erste Sitzung.

Bild Theo Gstöhl

Kein Verbot der Strassenprostitution

Der gemeinsam von der BDP- und SVP-Fraktion eingereichte Auftrag für ein Verbot der Strassenprostitution in Chur wurde gestern im Gemeinderat mit 14:7 Stimmen abgelehnt. Oliver Hohl (BDP) argumentierte zuvor, dass mit einem Verbot sowohl die Gewerbler an der Rossbodenstrasse als auch die Frauen besser geschützt werden könnten. Franco Lurati von der FDP verglich den Auftrag mit der Prohibition. Auch da habe man geglaubt, dass etwas verschwinde, wenn man es nur verbiete. (bcm)

«Potenzial für eine neue Halle ist vorhanden»

Nicht nur beim Hallenbad und bei der Kunsteisbahn auf der Churer Oberen Au besteht hoher Sanierungsbedarf. Auch in unmittelbarer Nachbarschaft, bei den Tennisanlagen.

Von Dario Morandi

Chur. – «Unsere Halle ist voll ausgelastet, im Winter spontan einen Spieltermin zu bekommen, ist kaum mehr möglich», stellt Claudio Casutt fest. Er ist Vorstandsmitglied des Tennisclubs Chur und kennt deshalb die örtlichen Verhältnisse. Seiner Meinung nach wäre es gerade deshalb gut, die Stadt würde eine zweite Tennishalle aufstellen. Und diese wäre ebenso gut frequentiert wie die bestehende Anlage. «Das Potenzial dafür ist vorhanden», glaubt Casutt. Im Sommer entspannt sich gemäss seinen Worten die Lage, weil dann auch die neun Aussensplätze bespielt werden können, zwei davon nutzen die Beachvolleyball-Sportler. «Aber so wie jetzt, kann und darf es die nächsten 20 Jahre nicht weitergehen», meint Casutt.

Tennisanlagen als Teilprojekt

Allein mit dem Bau einer neuen Tennishalle wäre es aber nicht getan. Darin sind alle einig. Verschiedene Gebäudeteile und Infrastrukturanlagen wie Heizung, Lüftung, Fenster und auch die Sportbodenbeläge seien am Ende ihres Lebenszyklus angelangt, halten auch der Gemeinde- und Stadtrat in ihrer Botschaft zuhänden der Stimmberechtigten fest. Diese stimmen am 9. Februar über das Gemeindeforumkonzept (Gesak) ab. Die Sanierung der Tennisanlagen sind ein Teilprojekt davon, zu dem sich die Churerinnen und Churer im Rahmen einer Konsultativabstimmung äussern können.

Die Stadt hat die 1970 eingeweihte und danach vom Tennisclub Chur be-

triebene Anlage 2004 übernommen. Der Tennisclub, der in den Siebzigerjahren noch 1400 Aktive zählte, war damals finanziell nicht mehr in der Lage, die Tennisanlage zu modernisieren. Also sprang die öffentliche Hand ein. Dies im Wissen, dass ab 2009 «erhöhter Investitionsbedarf besteht», wie es in der Abstimmungsunterlagen weiter heisst. Ausserdem habe die finanzierende Bank dem Club mit der Kündigung der Hypothek gedroht.

Einzige Möglichkeit in Chur

Stadt- und Gemeinderat sehen viele Gründe, die dafür sprechen, in den nächsten Jahren 8,9 Millionen Fran-

ken in die Sanierung der Tennisanlagen zu investieren und dafür die Steuern um 0,7 Prozent zu erhöhen. Die Anlage auf der Oberen Au sei die ein-



zige Möglichkeit, den Tennissport in Chur betreiben zu können. Zwar habe sich die Zahl der Aktiven mittlerweile halbiert. Tennis aber sei ein Sport, der von Jugendlichen ebenso wie von Senioren ausgeübt werden

könne. Ein Ausweichen der Sportler auf umliegende Tenniscenter und damit den Verzicht auf eine Sanierung der maroden Anlage halten die Politiker für eine schlechte Lösung. Ausserhalb von Chur seien kaum mehr Kapazitäten vorhanden. Gerade Kinder könnten deshalb «kaum mehr den Einstieg in diese Sportart finden».

Bei einem Nein zu diesem Teilprojekt des Gesak würden die Tennisanlagen mit «bescheidenem Unterhaltsaufwand vorerst weitergeführt». Der definitive Entscheid über die Zukunft der Anlage «muss gefällt werden, wenn die Gebäudetechnik nicht mehr funktioniert».



Mehr als nur in die Jahre gekommen: Die 1970 eröffneten Churer Tennisanlagen weisen einen hohen Sanierungsbedarf aus, der mit 8,9 Millionen Franken finanziert werden könnte.

Bild Olivia Item